

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

39 (16.2.1927)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.15 M mit, 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Sonntags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonelle 28 P. Restame 1 M. Annahmeschluss 8 Uhr vorm. Postfach, Karlsruhe 2650. Ausgabe: Werttag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luitensstr. 24. Fernsprecher: 481. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöflin; für die Redaktion verantwortlich: Ben mann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Marx und sein Innenminister

Er will mißverstanden worden sein

BERLIN, 15. Febr. In einem Interview mit der „Germania“ erklärte Reichskanzler Dr. Marx, seine Ausführungen über die rechtliche Beurteilung des Vorgehens des Herrn v. Reudell in der Zeit des Kapp-Putsch scheinen von verschiedenen Seiten mißverstanden worden zu sein. Die Ausführungen in der Reichsstaatszeitung vom 11. Februar hatten nun aber, wie der Reichskanzler ausdrücklich feststellte, nicht den Zweck, die allgemeine Rechtsfrage zu erörtern, ob und wie bei Umsturzverhältnissen die Beamten Anordnungen vorgelegter Stellen zu befolgen haben. Es kam nur auf die Klarstellung des Falles Reudell an und in diesem konkreten Fall blieb angesichts der besonderen örtlichen Verhältnisse Herr v. Reudell kein anderer Weg, als sich bei seiner vorgehenden Regierung in Frankfurt a. O. zu erkundigen. Es sind in keiner Weise Umstände hervorzuheben, die darauf schließen lassen, daß er mißte oder auch nur wissen mußte, daß die Anordnungen des Militärbefehlshabers rechtswidrig waren, zumal der militärische Ausnahmezustand keineswegs erst von der Kapp-Regierung verhängt worden ist, sondern bereits seit dem 13. Januar 1920 auf Grund einer einmütigen Anordnung der rechtmäßigen Reichsregierung bestand.

untercheiden. Klug waren damals alle Beamten, die den Kapp-Putsch als widerrechtliches Unternehmen erkannten und sich gegen ihn auflehnten. Der gegenwärtige Reichsinnenminister gehörte zu der anderen Kategorie. Er erkannte nicht oder wollte nicht erkennen, puffte, weil seine vorgelegte Behörde nun einmal rebellierte und unterließ jede Gehirnanstrengung, trotz seiner persönlichen Verantwortung als politischer Beamter.

Auf Grund dieser politischen Unfähigkeit ist er von Herrn Marx rehabilitiert und reif für die Leitung des Reichsinnenministeriums. Er erkannte damals nicht, was vorgeht, wußte von nichts... und wurde aus Dummheit zum Puffschiff. Da Dummheit vor Strafe schützt, ist von Reudell gerechtfertigt. Das ist die Logik des Herrn Marx.

Diese Logik muß zu wunderbaren Zuständen führen, wenn sie auch für die Zukunft angewandt werden sollte. Aber da anzunehmen ist, daß sie nur Berufschlichtung findet, soweit es sich um gewordene oder werdende kappistische Reichsminister handelt, brauchen wir uns darüber im Augenblick den Kopf nicht zu zerbrechen. Ein tüchtiger Beamter würde es jedenfalls ablehnen, sich für seine Handlungsweise in einer Art entschuldigen zu lassen, wie es Herr Marx in Bezug auf Herrn v. Reudell beabsichtigt. Der gegenwärtige Reichsinnenminister dürfte das jedenfalls nach allen Erfahrungen nicht tun. Er hat damals nicht erkannt, was los ist, und er wird auch heute nicht erkennen, wie beschämend die neueste Rechtfertigung für ihn ist. Als Landrat war er ein politischer Beamter und als solcher mußte er die Situation erkennen. Er hat es nicht getan, oder wollte es nicht tun und daraus ergibt sich entweder seine mangelnde Befähigung oder seine Unzuverlässigkeit. Das eine wie das andere macht ihn für das Amt des Reichsinnenministers, trotz seiner platonischen Erklärungen, unzulänglich. In dieser Auffassung vermag auch der neueste Rechtfertigungsversuch des Reichskanzlers nur zu bestärken.

Die am 11. Februar von dem Reichskanzler im Reichstag abgegebene Erklärung zur Verteidigung des Reichsinnenministers v. Reudell hat bis weit in die Reihen des Zentrums hinein aus politischen und juristischen Gründen eine peinliche Wirkung hinterlassen. Von diesem Eindruck scheint sich inzwischen Herr Dr. Marx selbst überzeugt zu haben, denn er es jetzt übernimmt, in Form eines Interviews einen weiteren Versuch zur Rechtfertigung seines Innenministers zu machen. Er bestätigt damit, daß die von der Opposition an den Ausführungen vom 11. Februar geübte Kritik berechtigt war. Aber auch durch den neuen, geradezu naiv anmutenden Rechtfertigungsversuch wird diese Kritik keineswegs abgeschwächt, sondern im Gegenteil gerechtfertigt.

Marx bringt es fertig, in seinen jüngsten Ausführungen sozusagen zwischen klugen und dummen Beamten zu

Der Fall Junkers

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat sich in zweitägiger Debatte mit den finanziellen Beziehungen des Reichs zu der Junkers-Flugzeug A.-G. beschäftigt. Anlaß dazu gab die Tatsache, daß Ende 1926 ein Vertrag abgeschlossen worden ist, in dem das Reich endgültig auf jeden finanziellen Einfluß bei Junkers verzichtet, also die Aktienmehrheit Professor Junkers zurückläßt und auf die geliehenen Gelder verzichtet. Dieses Ergebnis müssen die Steuerzahler teuer bezahlen. Es hat deshalb an befugter Kritik an den maßgebenden Regierungskreisen nicht gefehlt. Aber die bürgerlichen Parteien haben keinen Versuch gemacht, einen Beschluß herbeizuführen, der den Vertragsabschluß zwischen Reich und Junkers billigt.

Es hat verschiedene Ursachen, daß es zu diesen finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und Junkers gekommen ist. Zweifellos ist es die Aufgabe des Reiches, den großen technischen und kulturellen Fortschritt, der mit dem Flugwesen verbunden ist, zu fördern, denn auch wirtschaftlich kann Deutschland hierdurch erhebliche Vorteile haben. Da das von Professor Junkers erkundene Metallflugzeug das deutsche Flugwesen maßgeblich beeinflusst und gefördert hat, so ist an und für sich gegen eine Unterstützung seines Unternehmens nichts einzuwenden. Noch für längere Zeit wird man mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß der Flugzeugbau und der Flugverkehr sich nicht aus eigenen Mitteln betreiben können.

Aber die Beziehungen des Reiches zu Junkers gingen über die vorerwähnten Absichten weit hinaus. Der Größenwahn unserer Militärs hat den Gedanken nicht ertragen, daß Deutschland das militärische Flugwesen nicht mehr uneingeschränkt betreiben dürfte. Deshalb veranlaßte man im Jahre 1922 Junkers zur Errichtung einer Flugzeugfabrik in Rußland und verpfand ihm dafür sehr weitgehende finanzielle Unterstützung. Die Erwartungen der Militärs aber gingen nicht in Erfüllung. Es entstanden Differenzen zwischen ihnen und Junkers, die lange Zeit hindurch unerledigt waren, weil die militärischen Stellen sich jeder direkten Auseinandersetzung mit Junkers widersetzen und ihm die Inanspruchnahme des Reichsweges durch die Drohung der Veremung wegen mangelnden Patriotismus unmöglich machten.

In den Erörterungen des Reichshaushaltsausschusses des Reichstages ist diese militärische Seite des Falles Junkers ganz in den Hintergrund getreten. Die Reichsregierung hüllte sich in Schweigen. Der deutschnationale Berichterstatter Dr. Quast tat das gleiche. Alle Versuche der sozialdemokratischen Redner, das Schweigen zu brechen, blieben erfolglos, da man sich hinter Zuständigkeitsstrahlen versteckte. Deshalb wird die Sozialdemokratie bei der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums, wo Bedenken solcher Art nicht vorgebracht werden können, die Urheber dieses verkehrten militärischen Abenteuer festzustellen und seine Kosten aufzubellen suchen.

Denn wenn auch der Schaden, der außenpolitisch angerichtet worden ist, nicht allzu groß sein mag, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Errichtung der Flugzeugfabrik in Rußland die Hauptursache für den Verlust von fast 30 Millionen Reichsmark ist. Junkers behauptet, und wahrscheinlich mit Recht, daß er in das russische Geschäft viele Millionen hineingesteckt habe, die er seinem deutschen Unternehmen habe entziehen müssen. Nur dadurch sei er in finanzielle Schwierigkeiten gekommen und habe die Hilfe des Reiches in Anspruch nehmen müssen. Wenn er sich auf das russische Experiment nicht eingelassen hätte, so hätte er sein deutsches Unternehmen ohne öffentliche Gelder rentabel betreiben können. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß das Reich sich im Jahre 1925 auf die Sanierungsaktion bei Junkers vor allem deshalb eingelassen hat, weil man eine Erörterung der Ursache der Finanzschwierigkeiten von Junkers vermeiden wollte.

Infolgedessen ist auch der Reichstag vor der Einleitung der Sanierungsaktion nicht gefragt worden. Unter der Herrschaft des deutschnationalen Finanzministers von Schlieben wurde die Aktienmehrheit von Junkers erworben und wurden weitere erhebliche Beträge als Subvention aneben. Erst später ist dem Reichstag Mitteilung darüber gemacht worden. Von den 29,8 Millionen, die in den Jahren 1925 und 1926 an Junkers geflossen sind, verlor das Reich durch den letzten Vertragsabschluß 17 bis 18 Millionen. Da außerdem die Reichsregierung in den Jahren 1922—1924 10 Millionen in das Rußlandgeschäft steckt hat, die niemals vom Reichstag bewilligt worden sind, so steht ein Gesamtverlust von 27 bis 28 Millionen Reichsmark unzweifelhaft fest.

An dieser Tatsache ist heute nichts mehr zu ändern. Es ist aber wichtig, sich der Verantwortlichen dafür genau vorzustellen. Es sind in erster Linie die Militärs, die den Anlaß zu der ganzen Aktion geliefert haben. Aber auch die Reichsregierung trägt große Schuld. Sie hat die militärischen Absichten gefördert und unterstützt, ohne ihre Sinn- und Aussichtslosigkeit zu erkennen und ohne das Maß von Sorgfalt an den Tag zu legen, das bei der Vergabe öffentlicher Gelder erforderlich ist. Schließlich darf man aber nicht vergessen, daß sich die Reichsregierung der Unterstützung der bürgerlichen Parteien dabei stets gewiß war. Die bürgerlichen Parteien reden zwar sehr gerne von der Sparlosigkeit, sie üben sie aber nie, wenn militärische Dinge in Frage kommen, oder wenn sie das Geld in die eigene Tasche stecken können.

Bandervelde zur Militärkontrolle

Brüssel, 16. Febr. (Funkdienst.) Der belgische Außenminister beantwortete am Dienstag in der Kammer die in der vergangenen Woche von einem konservativen Abgeordneten eingebrachte Interpellation über die Aufhebung der internationalen Militärkontrolle in Deutschland. Er rechtfertigte zunächst die in Genf gefassten Beschlüsse über die Aufhebung der Militärkontrolle und stellte fest, daß insbesondere die Abmachungen von Locarno eine wichtige Garantie für Belgien bieten. Eine besondere Kontrolle für das entmilitarisierte deutsche Gebiet habe jedoch in keinem der bestehenden Verträge eine Grundlage. Bandervelde befasste sich dann mit der Möglichkeit einer kurzfristigen Wärmung des Rheinlandes, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen restlos nachgekommen ist. Vor allem müsse man wissen, bis zu welchem Grad die Nachbarn Deutschlands in die Dauerhaftigkeit der republikanischen Einrichtungen und in die Willigkeit des Fortschritts einer friedlich gesonnenen Demokratie Vertrauen haben können. Wörtlich fuhr der belgische Außenminister dann fort: „Dieses Vertrauen ist seit dem Kabinettswechsel in Deutschland erschüttert worden. Allerdings vertritt Stresemann, daß in Bezug auf die auswärtige Politik Deutschlands sich nichts geändert hat. Ebenso wenig wie die unsrige. Aber der deutsche Außenminister wird sich nicht wundern, wenn die, die einem demokratischen Deutschland das größte Vertrauen entgegenbrachten, sich fragen, was man von einem Deutschland zu halten hat, dessen Armee sich als eine unabhängige Macht aufstellt, in der die Führer fast alles Leute des alten Regimes sind und wo man gleichzeitig mit dem Versprechen die Verfassung von Weimar zu verteidigen, die Vergangenheit und ihre Symbole ehrt. Offiziell, das versteht sich von selbst, ist Deutschland entwaffnet. Sicher gibt es aber manches, was man auf den ersten Blick nicht sieht. Heimliche Waffenlager, militärische Übungen in den vaterländischen Verbänden, Herstellung und Aufrechterhaltung von Kriegsmaterial in den benach-

barten Ländern. Aber, entgegen der allgemeinen Meinung sind unsere verantwortlichen Militärs der Meinung, daß man diesen Dingen keine übermäßige Wichtigkeit beimessen braucht. In den nächsten Jahren ist ein alleinlebendes Deutschland nicht imstande, auf der Westfront zum mindesten irgend welche entscheidenden Angriffsmaßnahmen vorzunehmen. Dennoch bleibt seine Fähigkeit für einen Krieg ungebeur.

Es ist zu erwarten, daß Deutschland auf der demnächst stattfindenden Abrüstungskonferenz jene Bestimmungen geltend machen wird, die am günstigsten sind. Wir stehen also vor dem Dilemma. Die anderen Mächte müssen ihre Streitkräfte auf das Maß der Reichswehr zurückführen oder der Versailles Vertrag ist hinfällig und Deutschland kann das Recht in Anspruch nehmen, ausreichende Truppen zur Verteidigung seines Landes zu besitzen. Die Frage der Abrüstung kann natürlich nur mit dem Problem der allgemeinen Sicherheit behandelt werden und es wäre absurd und ungerecht, allen Vätern die gleichen Beschränkungen aufzuerlegen, ohne mit der Möglichkeit zu rechnen, daß einigen unter ihnen ihre größere Bevölkerungsstärke und die größere Fähigkeit die Möglichkeit zu einer industriellen Mobilisierung gibt.

Die Rede Banderveldes fand in der Kammer großen Beifall. Sie bedeutet für den belgischen Außenminister sowohl rechnerisch wie politisch einen großen Erfolg. — In der Debatte erklärte der liberale Abgeordnete Pater, daß das heutige monarchistische Deutschland kein Vertrauen verdiene.

Da haben wir also die außenpolitischen Schwierigkeiten, die wir bei Stabilisierung der Reichsregierung vorausgesetzt haben. Die seitherige deutschnationale Politik ist berat mit gewalttätigen und unfinnigen Phrasen belastet, daß man ihnen im Ausland ihr republikanisches Bekenntnis und die jetzt vorgetäuschte Sinnesänderung in der Richtung der Friedensidee einfach nicht glaubt.

Das Erdbeben in der Herzegowina

Viele Menschen umgekommen
Graz, 15. Febr. Die „Graz Tagespost“ meldet aus Belgrad, daß in Bosnien, der Herzegowina und in Dalmatien mehrere Häuser vollkommen zerstört worden seien. Die Zahl der Opfer an Menschenleben werde auf 600 geschätzt. Das Erdbeben wiederholte sich nachts. Der Sachschaden wird auf ungefähr eine Million Dinare geschätzt. In Nassa wurden beim Dachstuhlsturz des Kathedrales mehrere Personen getötet.

Belgrad, 15. Febr. Infolge großer Störungen im telephonischen und telegraphischen Verkehr mit der Herzegowina ist es noch unmaßgeblich, ein genaues Bild der Erdbebenkatastrophe zu geben. Das Epizentrum des Bebens befindet sich 45 Km südlich von Moskar. In Dabar-Polje. Der südliche Teil der Herzegowina ist streckenweise ein Trümmerfeld. Die Bevölkerung kampiert aus Furcht vor einer Wiederholung der Erdstöße im Freien. Bisher wurden 15 Todesopfer und viele Verwundete gemeldet. Aus Popovo-Polje werden Schredensjungen berichtet. Ganze Häuferteile fürsten in das Trümmerfeld der Trebinjica. Die Hausbesitzer wurden unter der Trümmer begraben. In Metkovic fürsten zahlreiche Häuser ein.

Was soll werden?

Wo bleibt der Schutz der Republik?

Am 23. Juli 1927, also in wenigen Monaten, tritt das Gesetz zum Schutz der Republik automatisch außer Kraft, es sei denn, daß es inzwischen verlängert wird. Es handelt sich hier um jenes Gesetz, das nach der Ermordung Rathenaus für die Dauer von 5 Jahren erlassen wurde, und das den Zweck verfolgt, der Republik den gesetzlichen Schutz zu geben, dessen sie bis zum Jahre 1922 entbehrt. Gewiß hat das Gesetz die Erwartungen seiner Väter nicht erfüllt: Die Behörden, die es anwenden sollten, verzagten meistens, und die es wirklich anwendeten, sahen es fast ausschließlich als Kampfmittel gegen die Kommunisten an, während die Rechtsradikalen entweder überhaupt nicht verfolgt oder mit Rücksicht auf ihre angeblich vaterländischen Motive äußerst milde behandelt wurden. Nicht einmal die vom Reichstage im vorigen Jahre beschlossene Wiltberung des Gesetzes, die hauptsächlich in einer weitgehenden Ausschaltung der Justizstrafe bestand, wurde in der vom Gesetzgeber gewünschten Weise den Kommunisten zuteil. Aber trotzdem gibt es in diesem Gesetz Bestimmungen, die aufrechterhalten werden müssen.

Von den Strafbestimmungen sind z. B. die Vorschriften unentbehrlich, nach welchen derjenige schwer bestraft wird, der an einer Vereinigung oder Versammlung teilnimmt, zu deren Bestrebungen es gehört, Mitglieder einer republikanischen Regierung durch den Tod zu beseitigen oder wer an einer durch das Allgemeine Strafbuch verbotenen Geheimverbindung teilnimmt, wenn sie solche Bestrebungen verfolgt, oder wer einer solchen Vereinigung oder Verbindung oder einem an der Verabredung Beteiligten mit Rat oder Tat, insbesondere mit Geld unterstützt, oder wer von dem Dasein einer solchen Vereinigung, Verabredung oder Verbindung oder von dem Plan einer Tötung Kenntnis gehabt hat, es aber unterläßt, hiervon der Behörde oder der bedrohten Person unverzüglich Kenntnis zu geben, oder wer einen anderen begünstigt, der getötet oder zu töten versucht oder an einer solchen Tat teilgenommen hat. Auch die Bestimmungen, welche den Schutz der Mitglieder einer republikanischen Regierung vor Angriffen auf Leib oder Leben beschützen oder den Schutz der republikanischen Staatsform vor Untergrabung oder Beschimpfung sichern sollen, sind neben anderen Paragraphen schwer zu entbehren.

Vor allem aber muß der § 23 des Republiksschutzgesetzes aufrechterhalten werden. Nur durch ihn ist gegenwärtig die Möglichkeit gegeben, die Rückkehr des entflohenen Kaisers zu verhindern. Ihm kann danach, „von der Reichsregierung das Betreten des Reichsgebietes untersagt“ oder sein Aufenthalt vermag, „auf bestimmte Teile oder Orte des Reiches beschränkt zu werden, falls die Beforgnis gerechtfertigt ist, daß andernfalls das Wohl der Republik gefährdet wird“. Er kann, „im Falle der Zuwiderhandlung durch Befehl der Reichsregierung aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden.“

Diese Bestimmung ist schon deshalb nicht einmal ausbrechend, weil ihre Anwendung ganz von dem Ermessen der Reichsregierung abhängt; insbesondere in Anbetracht der Regierung des Bürgerblocks erscheint sie ganz unzulänglich. Sie bietet trotzdem wenigstens die Möglichkeit, eine Rückkehr des Entlassenen zu verhindern. Schon mit Rücksicht auf die sich besonders in letzter Zeit geltend machende Propaganda für die Heimkehr des entlassenen Monarchen muß diese Möglichkeit unbedingt bestehen bleiben. Freilich hat die Existenz auf das im Vertrage von Versailles festgelegte Recht der Auslieferung Wilhelms II. bisher nicht verzichtet, und dieses Recht könnte eines Tages vor den Alliierten wieder geltend gemacht werden, wenn der frühere Kaiser nach Deutschland zurückkehren würde. Die Deutsche Republik darf aber nicht von Gnaden der Entente, sie muß sich aus eigenem Recht gegen die Rückkehr Wilhelms II. wehren.

Es ist deshalb ein dringendes Gebot; neben der Verhinderung eines Mißbrauchs des Republiksschutzgesetzes eine Verlängerung seiner Geltungsdauer und möglichst sogar in einzelnen Punkten eine Verjüngung durchzuführen.

Die polnische Antwort

Berlin, 15. Febr. (Eig. Draht). Die polnische Handelsvertragsdelegation hat am Dienstag in Berlin eine Antwort auf die deutsche Note vom Samstag überreicht und mitgeteilt, daß sie gemäß den von der Warschauer Regierung erhaltenen Instruktionen Berlin verläßt. Weiter heißt die polnische Note fest: „daß die polnische Delegation durch die deutschseitige im letzten Augenblick erfolgte einseitige Abgabe der Kommissionsfunktion prinzipiell überführt worden ist“ und, „nach Auffassung der polnischen Regierung die Unterbrechung der in Berlin geführten Verhandlungen keineswegs geboten war“.

Auf die sachlichen Ausführungen der deutschen Note geht die polnische Antwort nicht ein. In Frage kommt hier die Forderung der deutschen Delegation vor den eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen zunächst die Frage der Ausweisung von Reichsdeutschen aus Polen, die zu dem gegenwärtigen Konflikt geführt haben, zu zurechnen. Die polnische Delegation bekräftigt den Verzicht, auf die deutschen Forderungen einzugehen, damit, daß sie über den Bereich der Handelsvertragsverhandlungen hinausgehen. Dazu steht im Widerspruch, daß die Warschauer Regierung mehrfach und in letzter Zeit mächtigsten Persönlichkeiten der polnischen Delegation gegenüber den ganzen Komplex der Ausweisungsvorwürfe ausdrücklich als einen Teil der Handelsvertragsverhandlungen bezeichnet hat.

Am Schluß der Note spricht die polnische Delegation die Hoffnung aus, daß die deutsche Regierung künftighin gewillt sein wolle, durch ihre Stellungnahme den Wiederbeginn der Handelsvertragsverhandlungen nicht zu beeinträchtigen. Die deutsche Regierung macht diesen Wiederbeginn von der Klärung der Ausweisungfrage abhängig. Immerhin kann gesagt werden, daß die polnische Note einen wesentlichen Ausweg nicht verbaut. Diese Auffassung soll auch in Regierungskreisen vorherrschen.

Kein Rückkehrplan Wilhelms

Wien, 15. Febr. In einem Telegramm an den amerikanischen Journalisten Solovier Wierd hat der ehemalige deutsche Kaiser erklärt, daß er nicht den Plan habe, nach Berlin zurückzukehren.

Internationaler Kongress gegen koloniale Unterdrückung

Am 10. Februar wurde im Palais Camont in Brüssel, das die belgische Regierung zur Verfügung gestellt hatte, der internationale Kongress gegen koloniale Unterdrückung eröffnet. Alle kolonialen Völker haben Delegierte geschickt. Der allindische Nationalkongress schickte einen seiner bekanntesten Mitglieder, Nawabralal Henu. Für den Gewerkschaftsrat von London war Stephen Madigan Kola gekommen, für die Kantonregierung das Mitglied des Zentral-Exekutivkomitees der chinesischen Kou Ming Tang Partei Huan, für den allchinesischen Gewerkschaftsbund Chen Chuen, für die Vereinigten Staaten Roger Baldwin und der Regier-Delegierte Richard Moore, für die Vereinigten Staaten der Regier-Delegierte Richard Moore, für die Nationalpartei Mohammed Hafis Kamandan Bey, für Korea Ki Koku und Booihana. Außerdem hatten Indonesien, Persien, Serbien, Palästina, Peru, Venezuela, Porto Rico, Kuba, Süd- und Nordamerika Delegierte entsandt. Von den europäischen Staaten war am stärksten England vertreten. Der Vorsitzende des britischen Gewerkschaftsbundes S. O. Davies, Mitglied der Labour Party, Kenner Brodman, einer der bekanntesten Führer der Independent Labour Party, Malone und Widemann waren gekommen. Georg Lansburn hat das Referat übernommen: „Der Imperialismus, die Kriegsgeschichte“. Frankreich hat u. a. das Mitglied der Deputiertenkammer A. Bourcier und Henri Barbusse geschickt. Deutschland war vertreten durch Professor Alfons Goldschmidt, Frau Dr. Helene Stöcker, Georg Ledebour, Artur Holtscher, Willi Münzenberg und Toller. Für den holländischen Gewerkschaftsbund kam Edo Timmen.

S. O. Davies eröffnete den Kongress. „Der Imperialismus, ob er in englischen, belgischen, französischen Formen auftritt, ist nur eine Form des Kapitalismus. Überwinden wir den Kapitalismus, so werden wir den Imperialismus überwinden.“ Der belgische Abgeordnete Martens begrüßte den Kongress im Namen des belgischen Proletariats und der sozialistischen Fraktion des Parlamentes.

Henri Barbusse Rede ist eine leidenschaftliche Anklage gegen die Methoden des Imperialismus in der Vergangenheit und Gegenwart. „Wir wissen, daß die Geschichte des Imperialismus eine Geschichte des Raubertums ist. Aber nun erhebt sich das Proletariat gegen das Raubtier, nun erheben sich die unterdrückten und gemordeten Völker und schließen einen Kampfband gegen ihre Tyrannen. Mit welchem Recht haben die Einen die Anderen unterdrückt? Gewiß gibt es unter den Menschen gewisse Unterschiede, aber im Bereiche des Sozialen sind alle Menschen gleich. Keiner kann, aus welchem Titel auch immer, das Recht herleiten, den anderen zu unterdrücken.“

Nach Barbusse sprachen Huan (Kanton-Regierung), Henu (Indien), Vasconcelos (Lateinamerika). Die Redner bekräftigten den Kampf und umrißen in einigen kurzen Sätzen die Situation in ihren Ländern. Millionen von Menschen besitzen nicht die Freiheit zu denken, zu schreiben, sich zu versammeln, zu reisen, sich zu vereinigen, sich zu organisieren. Der Imperialismus, oft im Bunde mit den eingeborenen Kapitalisten, heutet das wertvolle Volk wirtschaftlich aus und läßt es verkommen.

Als letzter Redner sprach Kenner Brodman für die englische Labour Party. „Selber“, sagte er, „hat die englische Arbeiterregierung es nicht verstanden, die Sprache mit den kolonialen Völkern, besonders Indien, zu finden, die wir tun, aber die englische Arbeiterpartei hat in strengster Selbstkritik ihre Fehler unterzucht und ein festes Programm angenommen. England habe kein Recht, sich in China einzumischen; China gehört den Chinesen; China müßte das Selbstbestimmungs-

recht wiedergegeben, alle Konzessionen zurückgegeben werden. Die Stimme der Regierung sei nicht die der englischen Arbeiterklasse. In Independent Labour Party werde jede Unterstützung verweigert und mit allen Kräften verjungen, Waffen transporte zu verhindern. Gleiches gilt für einen Krieg mit Ausland, der im Bereich der Möglichkeiten liegt. Brodman schlägt die Schaffung einer permanenten Weltorganisation vor, die alle Kräfte nationaler Befreiung konzentriert und sie der Arbeiterbewegung anverleiht.

Am 9. Februar wurden die Vertreter der Presse von den bis zu diesem Tage bereits eingetroffenen Delegierten empfangen. Als erster Delegierter sprach der Ägypter Mohammed Hafis Kamandan Bey. Er wies darauf hin, daß die scheinbare Autonomie, die England heute Ägypten gewährt, dem ägyptischen Volke nicht genüge und das ägyptische Volk nicht aufhören werde, für seine Unabhängigkeit zu kämpfen. Für Indien sprach ein naher Freund Gandhis Henu. „Der indische Nationalismus“, führte er aus, „unterstützt sich von dem in Europa bekannten Nationalismus. Das Wort Gandhis, der indische Nationalismus basiert auf internationaler Nationalismus, sei Stimme des indischen Volkes. Das indische Problem ist kein nationales, das indische Problem ist ein Weltproblem. Die indische öffentliche Meinung verläßt mit starkem Interesse, mit starker Sympathie die Freiheitsbewegung in China. Gandhi und andere indische Führer haben dagegen protestiert, daß die englische Regierung indische Truppen nach China entsandt hat.“ Für China sprach der Vertreter der Nationalregierung Kanton Huan. „Korea wird von Japan ausgebeutet, Indien von England, China aber von allen imperialistischen Mächten. Darum sei der Kampf Chinas noch gewaltiger als der Kampf anderer Länder. China muß sich gegen eine Welt verteidigen.“ Der Vertreter Koreas gab Einzelheiten über die Situation Koreas. Japan habe alle Freiheiten der Presse aufgehoben. Kein Koreaner hat das Recht, ins Ausland zu reisen; die koreanische Volksbewegung werde vorläufig unterdrückt, aber sie lebe. Moore, der Vertreter der amerikanischen Regier, formulierte das Programm seiner Kameraden. Die amerikanischen Regier erstreben die Emanzipation der zwölf Millionen Neger in Amerika, aller anderen lebenden Regier und der Welt überhaupt. Im Namen seiner Million Anämien wandte sich der Vertreter Indonesias, Dwong, gegen den französischen Imperialismus.

Als Vizepräsident Nord-Afrikas sprach Melles für den nordafrikanischen Bund (Tunis, Marokko, Alger). Frankreich und Spanien seien unfähig gewesen, die Zustände in Nordafrika zu verbessern. „Sie haben genau von der Zivilisation, rief er aus. „Was wir erstreben, ist die absolute Unabhängigkeit Nord-Afrikas.“ — Melles, der Vizepräsident der Antillean-Imperialistischen Liga und des Bauernkongresses in Mexiko erklärte: „Wir in Südamerika kennen eine besondere Form des Imperialismus, die wir Yankee-Imperialismus nennen. Gegen diesen Yankee-Imperialismus haben sich die Mittel- und Südamerikanischen Staaten verbündet. Aber die Kontinente sind nicht frei. Das Problem (Panama-Kanal, Nicaragua-Kanal, Erdöl) wird Melles im Laufe des Kongresses besprechen. Für Deutschland sprach Prof. Goldschmidt. Er sagte: „Vertreter aller Gruppen (Basillien, ethnische Gruppen, Arbeiter-Organisationen) sind auf diesem Kongress vertreten. Dieser Kongress soll nicht eine einmalige Demonstration sein, er soll sich entwickeln zu einer Organisation, die gegen alle Formen des Imperialismus, auch im eigenen Lande kämpfen wird. Niemals hat der Imperialismus die Fruchtbarkeit der Erde vermehrt. Immer war der Imperialismus der Ausbruch der steigenden Last der Weltmächte. Reichum für alle hat die Erde! Aber der Imperialismus war es, der das friedliche Zusammenarbeiten der Völker verhinderte.“

Explosion einer Pulverfabrik

Zwei Todesopfer

Birmans, 15. Febr. In der Abteilung Pulverpresse der Pulverfabrik Martin in Birmans ereignete sich gestern nachmittags aus unbekannter Ursache eine Explosion, wobei die Zimmereinrichtung der Abteilung nämlich 100 Meter von einer Arbeiterkammer entfernt in völlig zerstörtem Zustande aufgefunden. Der Arbeiter Jakob Galtler, der auch der Explosion zum Opfer fiel, konnte bis jetzt noch nicht aufgefunden werden. Ein weiterer Arbeiter ist schwer verletzt.

Birmans, 15. Febr. Das Explosionsunfall in Schopp hat sich ziemlich schwer herausgestellt. Die erste Explosion erfolgte in dem Korn- und Siebwerk, das Gebäude lag in die Luft; desgleichen wurde das anzureichende Antriebswerk, in dem die Kraftmaschinen untergebracht waren, in die Luft geschleudert und durch die Dichtungsringe explodiert auch das Pulver in dem gleichfalls angrenzenden Freigewerk. Es soll sich um 5 bis 6 Zentner Schwarzpulver handeln. Das Freigewerk lag unter gewaltigem Getöse gleichfalls in die Luft. Von den drei schuppenartigen Häusern stehen nurmehr einige hölzerne Mauerreste, das übrige ist völlig zerstört und durch die Gewalt der Explosion zum Teil in alle Winde zerstreut, sogar bis auf die ziemlich hoch oben vorbeiführende Distriktsstraße nach Kaiserslautern sind Eisenbleche und Balken hinaufgeschleudert worden.

Außer den beiden Toten ist noch eine Reihe von Verletzten zu beklagen, allerdings sind mit einer Ausnahme die Verletzungen leichterer Natur. Der getötete Finger, der mit einem Rollwagen zur Zeit der Explosion gerade vor dem Korn- und Siebwerk lag, befand sich in der Höhe von etwa 15 Metern über dem Boden und wurde durch die Luft in die Höhe geschleudert. Sämtliche Kleider waren ihm durch die starke Dichtungsleistung vom Leibe gerissen. Die Ursache der Katastrophe ist nach wie vor ungeklärt und wird auch kaum geklärt werden können, nachdem die beiden Arbeiter, die angeblich ebenfalls hätten auskunft geben können, ums Leben kamen.

Es ist diese Explosion bereits die dritte, von der die Pulverfabrik Schopp heimgesucht wurde. Die erste erfolgte 1906; damals waren gleichfalls zwei Tote zu beklagen, während im Jahre 1922, wo die Explosion nichts erfolgte, lediglich erheblicher Materialschaden entstand. Wie aus den Umständen ort umliegenden Ortschaften gemeldet wird, ist auch dort teilweise Schaden an den Häusern bzw. Fensterscheiben angedeutet worden.

Die französische Antwort an Coolidge

Paris, 16. Febr. Die französische Antwort auf das amerikanische Memorandum über die Flottenabrüstung ist gestern abend veröffentlicht worden. Die französische Regierung bringt darin zum Ausdruck, daß der amerikanische Vorschlag von der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes geprüft werden möge.

Das neue deutsche Strafgesetzbuch

Berlin, 15. Febr. (Eig. Bericht). Der Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches, der auch für Deutschland geltend machen soll, steht gegenwärtig zur Beschlußfassung dem Reichsrat vor. Die abschließenden Verhandlungen sollen dort am 4. März beginnen. Generaldirektor Schäfer vom preussischen Justizministerium. Am noch rechtzeitig auf die Stellungnahme des Reichsrats Einfluss nehmen zu können, hat die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags einen Antrag eingebracht, der das Staatsministerium um Auskunft ersucht, über seine Stellungnahme zu den grundsätzlichen Fragen der Strafrechtsreform. Dieser Antrag wird nach einer Verständigung unter den Parteien ohne Ausdrücke der Rechtsausschüsse überwiegen und dort noch rechtzeitig vor dem 4. März beraten werden. Die Beratung wird dem preussischen Landtag Gelegenheit geben, zu den Grundfragen der Strafrechtsreform, die Ausdehnung des freien richterlichen Ermessens, Sicherungsverbände und Ehrenstrafen, Stellung zu nehmen.

Hohe Justizstrafe für einen Spion

Wien, 15. Febr. Der 5. Straftat der Reichsgerichtsverurteilte Arbeiter Hofmann wegen verurteilter Spionage zu 6 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenreueverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Die bei dem Angeklagten gefundenen Spionageelder in Höhe von 360 M wurden beschlagnahmt.

Niederlage der Kommunisten

Berlin, 16. Febr. (Funkdienst). Die Wahlen in den Bezirks- und Brandenburger Kreisen der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Volksanwalterverbandes, die gestern stattfanden, endeten mit einer schweren Niederlage der Kommunisten. Von den Wählern wurde den Kommunisten die ausschlaggebende Branche der Mühlwerkstättenarbeiter mit großer Mehrheit entzogen. Die Brandenburger Wahlen besetzt. Ebenso gelang es, den Kommunisten den großen und wichtigen Bezirk Nord abzunehmen. Die Bezirksleitung setzt sich nunmehr aus Vertretern der Antifaschistischen Richtung zusammen. Den Kommunisten ist es nicht gelungen, auch nur die kleinsten Errungenschaften durchzusetzen.

Nobelpreis und Gewerkschaftsfrage

Solo, 15. Febr. (Eig. Draht). Von führenden Persönlichkeiten verschiedener Länder ist bei dem Nobelpreis-Komitee der Antrag gestellt worden, den Friedensnobelpreis für 1927 dem internationalen Gewerkschaftsbund zuzuschreiben.

Die Arbeitslosigkeit in Italien

Rom, 15. Febr. Wie die Zeitungen mitteilen, betrug die Zahl der Arbeitslosen in Italien Ende Dezember 1926 1.580.000. Diese bedeutet eine leichte Zunahme gegenüber Ende Dezember 1925, aber eine bedeutende Verminderung gegenüber den Jahren 1923: 2.600.000 und 1921: 5.400.000.

Das erwachende China

Ein Herr Dr. Hartmann, der in Changsha (China) lebt, also im Zentrum der südbhinesischen Bewegung, schildert in der „Frankfurter Ztg.“ die dortigen Ereignisse in recht instruktiver Weise. Wir geben daraus das folgende wieder:

„Seit den Vorkriegen am Anfang dieses Jahrhunderts richtete sich die Aufmerksamkeit der ganzen Welt nie mehr in solchem Grade auf China wie in den letzten Monaten. Hier vollzieht sich der Uebergang zu einem neuen Abschnitt in der Weltgeschichte. China erwacht. Noch spielt es militärisch keine große Rolle, aber es lernt rasch seine wirtschaftspolitische Bedeutung verstehen und zur Geltung zu bringen. Diese liegt einerseits in seinen natürlichen Reichtümern und seiner großen Bevölkerungsmasse, andererseits in der Tatsache, daß heute für die fremden Mächte die chinesische Aus- und Einfuhr fast unerschöpflich, China selbst aber nicht darauf angewiesen ist.“

Die bevorstehende Sonderstellung, um nicht das schöne Wort Preitige zu gebrauchen, die der Ausländer früher hier einnahm, ist seit dem Weltkrieg langsam, aber gründlich verloren gegangen. Für die Entwicklung der heutigen Lage waren verschiedene Ursachen ausschlaggebend. Den einfachsten Weg, das fremde Joch abzuschütteln, haben die Engländer den Chinesen selbst gezeigt in der Behandlung der Deutschen in China nach dem Kriege: Ausweisung und Wegnahme jeglicher Vorrechte.

Der Vater der neuen national-revolutionären Bewegung, die sich Kuomintang oder Volkspartei nennt, ist der vor mehr als einem Jahr verstorbene Sun Yat-sen oder Shen Tsung-shan, wie ihn die Chinesen bezeichnen. Heute prangt das Bild dieses Volkshelden in jeder Hütte und Straße, bei den Demonstrationen wird seine schongerühmte Photographie in blumengeschmückter Sänfte vorgetragen. Sein geistiges Erbe wurde hauptsächlich von den Studenten und Schülern beider Geschlechter übernommen und zum Allgemeingut des Volkes gemacht. Dabei spielten die Leute eine besondere Rolle, die aus den zahlreichen fremden Schulen, die hauptsächlich auch von den Missionen unterhalten werden, hervorgegangen sind und sich da eine gewisse europäische Halbbildung angeeignet haben. Nach Jahren kamen die Leute mit akademischen Würden und Doktorbüchern geschmückt in ihre Heimat zurück und empfanden dann den Unterschied zwischen ihren ausländischen Freunden und den eigenen Volksgenossen besonders stark. Meist fiel es diesen jungen Leuten sehr schwer, eine ihrer Ausbildung entsprechende, lobende Anerkennung zu finden.

Dieser Nährboden war für bolschewistische Ideen besonders geeignet, besonders wenn sich mit diesen die nötige finanzielle Unterstützung verband. So ist die ganze Organisation nach russischem Muster und mit russischer Hilfe aufgebaut, und die nationale chinesische Bewegung trägt ein rein bolschewistisches Gepräge. Der Kampf gegen den Hauptunterdrücker Chinas ist die Bekämpfung der imperialistischen Mächte.

So ist das wichtigste Deutsmittel, gegen das auch eine europäische Großmacht mit Truppen und Kanonenbooten nicht ankommen kann, der absolute Kontakt, der wohl nirgends so fest durchgeföhrt werden kann wie in China. Die Kuomintang bringt es fertig, daß heute nicht um einen Pfennig englische Waren abgesetzt oder irgend etwas auf englischen Schiffen verschifft wird, so sie treibt es so weit, daß kein Chineser es wagt, einem Engländer fremdwirtschaftliche Dienste zu leisten oder Transportmittel zu verkaufen. Die Haltung der Engländer gegenüber dieser Sachlage scheint sich durch allgemeine Nationalität aus. Sie geben sich alle Mühe, Gewalt anzuwenden und beschränken sich auf Proteste an die chinesischen Behörden, die aber noch wertvoller sind als die früheren deutschen Proteste an die Alliierten.

Die Deutschen in China können den Engländern nur dankbar sein, daß sie von ihnen gesungen wurden, ihre Vorrechte aufzugeben. So stehen die Deutschen heute unter chinesischem Schutz und Gerichtsbarkeit und nehmen schon seit Jahren die Stellung ein, die jetzt von den Chinesen für alle Ausländer angesetzt wird. Auf Veranlassung der chinesischen national-revolutionären Regierung wurden durch das Komitat an alle Deutschen Briefe und Verbände mit amtlichem Stempel und der chinesischen Aufschrift „Deutscher“ zur besonderen Kennzeichnung ausgegeben.

Es ist heute schon ziemlich sicher, daß die neue Bewegung sich über den größten Teil Chinas ausbreiten und behaupten wird. Eine Gefahr für alle Ausländer besteht in dem Vorgehen des Bolschewismus in der neuen Bewegung. Zunächst steht ja die Erhebung Chinas und Befreiung von den fremden Herrschaft, Zollautonomie, Rückgabe der Konzessionen usw. im Vordergrund, daneben machen sich aber auch schon andere Forderungen bemerkbar, wie Aufhebung des Grundbesitzes, Kommunalisierung der Betriebe, Missionsverbot, Einschränkung der fremden Schulen und dergleichen.

Gewerkschaftliches

Zur Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts für die badische Textilindustrie

Wie durch die Presse bereits bekannt, hat in dem Lohnstreik für die badische Textilindustrie der Landesschiedsrichter für Baden am 21. Januar ds. Js. einen Schiedspruch gefällt, der die Zeitlöhne um 8 Prozent und die Akkordlöhne um 6 Prozent erhöhte. Die Arbeitgeber haben diesen Schiedspruch abgelehnt, während die beiden Textilarbeitergewerkschaften die Verbindlichkeitserklärung beantragten.

Im Reichsarbeitsministerium in Berlin fanden nun die mündlichen Verhandlungen hierüber am Dienstag, den 8. Februar, statt. Trotz mehrstündiger Verhandlungen konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Arbeitgeber versuchten vielmehr ernstlich hinsichtlich der Akkordfrage den Schiedspruch zu verweigern. Sie erklärten für circa 90 Prozent der Akkordarbeiter eine Zulage geben zu wollen, deren Höhe aber unbestimmt bleiben sollte, ebenso wollten sie die Betriebe selbst auslösen, welche eine solche Erhöhung bekommen sollten.

Demgegenüber waren die Arbeitgeber nicht in der Lage, vom Schiedspruch abzugeben und Verschlechterungen hinzunehmen. Die Einigungsverhandlungen waren mithin gescheitert, so daß nun die letzte Entscheidung beim Herrn Reichsarbeitsminister selber lag. Der Herr Arbeitsminister hat nun durch Entscheidung vom 9. Februar 1927 den Schiedspruch für verbindlich erklärt und zwar unverändert, so wie er in Karlsruhe abgelehnt worden ist. Damit ist der Schiedspruch für die Mitglieder der beiden Textilarbeitergewerkschaften, sowie auch für den Landesverband der badischen Textilarbeitgeber verbindlich geworden.

Da laut Schiedspruch die Lohnerböhung ab 1. Januar 1927 in Kraft tritt, müssen nun in allen Betrieben Nachzahlungen erfolgen und zwar müssen die Löhne der im Tagelohn Beschäftigten ab 1. 1. 27 um 8 Prozent und für die Akkordarbeiter die sämtlichen bestehenden Akkordlöhne in den Betrieben um 6 Prozent erhöht werden.

Hiermit hätte nun der Lohnstreik für die badischen Textilarbeiter vorläufig seinen natürlichen Abschluß gefunden, wenigstens insoweit, als die bedürftigen Schlichtungsinstanzen in Betracht kommen.

Je doch liegt es nun an den direkt Beteiligten Organisations der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer selbst, sich über

Lohnproblem und Wirtschaftsaufbau

Im Rahmen der Freien Sozialistischen Hochschule sprach in Berlin im ehemaligen Herrenhaus der Vorsitzende des Deutschen Solgarbeiterverbandes, Genosse Tarnow, über das Thema: „Lohnproblem und Wirtschaftsaufbau“. Der Kern seines Vortrages war etwa folgender: Die gewerkschaftliche Praxis besteht im wesentlichen darin, für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten zu sorgen. Die Gewerkschaften müssen aber genau wissen, welche volkswirtschaftlichen Voraussetzungen für die Durchsetzung ihrer Forderungen gegeben sind. Einer der wichtigsten Faktoren der gewerkschaftlichen Macht ist die öffentliche Meinung, gegen die gewerkschaftliche Forderungen nur sehr schwer durchgesetzt werden können. In Deutschland muß festgestellt werden, daß selbst die sogenannten Wirtschaftsführer sich über die Wirtschaft kein klares Bild machen können, was am besten bewiesen wird durch die Einsetzung des wirtschaftlichen Enqueteausschusses. Wenn sich schon die Prominenten der Wirtschaft nicht in der Wirtschaft auskennen, dann ist berechtigt, wenn die Allgemeinheit so schlecht über sie orientiert ist. Wir haben in der Nachkriegszeit unter einer wirtschaftlichen Angstschwiele gelitten, die von den interessierten Kreisen noch künstlich gesteigert worden ist und in der Parole anklingt: „Mehr arbeiten und weniger verbrauchen“. Im November 1922 hielt noch Stinnes im Reichswirtschaftsrat eine Rede, in der er als Voraussetzung für die Gesundung der deutschen Wirtschaft eine Mehrarbeit von zwei Stunden täglich auf die Dauer von fünfzehn Jahren forderte. Die Unternehmer versuchten in den letzten Jahren auch, mit allen Mitteln eine Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Niedrighaltung der Löhne durchzusetzen. Den Gewerkschaften ist es aber gelungen, diese Pläne zu durchkreuzen und wenn auch nicht die achtstündige Arbeitszeit auf der ganzen Linie zu halten, so doch das Verlangen nach genereller Zehtundenarbeit abzuwehren. Auch heute noch sehen die Unternehmer eine Lösung der gegen-

wärtigen schweren Wirtschaftskrise hauptsächlich in der Wiedereroberung des Weltmarktes, übersehen dabei aber ganz die Umschichtung und Umstellung in den früheren nichtindustriellen Ländern, die heute als Konkurrenten gegenüber den europäischen Industrieländern auftreten. Eine Lösung dieser Krise ist nur möglich durch die

Erstlichung des Innenmarktes,

die wiederum nur erreicht werden kann durch die Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen. Die Kaufkraftsteigerung wird nicht durch Preisenkungen erreicht werden können, sondern nur durch eine erhebliche Erhöhung der Löhne. Wie Preisenkungen ausgeben, hat die deutsche Arbeitererschaft noch sehr gut im Gedächtnis. Der Auffassung, daß die Löhne erhöht werden müssen, traten die Unternehmer besonders im Vorjahre ganz entschieden entgegen und gingen sogar dazu über, das allgemeine Lohnniveau durch einen rückwärtsgehenden Abbau noch weiter zu drücken. Heute allerdings scheint in vielen Wirtschaftskreisen langsam eine andere Auffassung Platz zu greifen. Der tiefste Stand der Krise dürfte schon seit einiger Zeit überwunden sein, was auch von den Gewerkschaften erkannt wird und sie dazu

zwingt, überall Lohnbewegungen einzuleiten.

Die privatkapitalistischen Unternehmer werden bald einsehen müssen, daß auch sie nur Profite machen können, wenn das arbeitende Volk in der Lage ist, ihre Produkte zu kaufen. Wenn auch die Einsicht, daß nur durch höhere Löhne eine Gesundung der Wirtschaft möglich ist, bei den Unternehmern erst sehr schwer dämmert, so werden die Gewerkschaften nicht davon ablassen, an dem einmal beschrittenen Weg der Lohnforderungen festzuhalten. Die Hörer folgten dem Vortrag mit der größten Aufmerksamkeit und bewiesen durch ihren Beifall ihre Zustimmung zu den Ausführungen Tarnows.

Gemeindepolitik

Oberkirch. Der Bürgerversammlung erledigte in einer kaum einstündigen Sitzung 4 Vorlagen. Zunächst wurden die Grundzüge über die Gewährung von gemeindlichen Darlehen und Zinszuschüssen, sowie die Aufnahme eines Darlehens genehmigt. Baukaffische hiesige Einwohner erhalten neben dem Darlehen des Bezirkswohnungsverbandes ein verbilligtes Darlehen von der Gemeinde bis zu 50 Prozent des gesamten Bauaufwands. Der Zins beträgt 4 Prozent und die Tilgung 1 1/2 Prozent. Die zweite Vorlage betraf die Erstellung von 8 Wohnungen für Finanzbeamte. Die Häuser werden durch die Baugenossenschaft hier errichtet, die auch Eigentümerin wird. Das Gelände wird der Baugenossenschaft von der Stadt im Wege des Erbbaurechts überlassen. Das Baugelände wird durch Gewährung von Darlehen aufgebracht, die vom Reich (Arbeitsbaudarlehen), von der Wohnstättenhypothekbank und vom Bezirkswohnungsverband oder von der Gemeinde gegeben werden. — An einen privaten Baufeldhaber wird ein Bauplatz im ehemals Kraußschen Garten zu 4,50 M je Quadratmeter verkauft. — Die Erstellung eines Materialschuppens hat sich als dringend notwendig erwiesen. Der Bürgerversammlung stimmte auch dieser Vorlage einstimmig zu und genehmigte den Ankauf eines Grundstückes zu 1,25 M je Quadratmeter, auf dem der Schuppen errichtet wird.

Verband badischer Gemeinden

Der Verbandsvorstand befaßte sich in seiner Sitzung vom 12. Februar in Karlsruhe mit verschiedenen Gemeindefragen, insbesondere über das Verlangen nach Zulassung der Frauen zum selbstständigen Bürgerrecht, die der Vorstand abzulehnen beabsichtigt, über die Aufwertung der Einkaufsgelder in den Bürgerrechten, die trotz der abnehmenden Haltung der Regierung für notwendig erachtet wird, über die von den Städten geforderte Einführung der Gewerbesteuer in der Gebäudeversicherung, die als ungerecht bezeichnet wird, weil der Verwaltungsaufwand ungleich höher zu stehen käme als die Ersparnisse, abzulehnen davon, daß die großgewerblichen und industriellen Betriebe der Städte mit dem 4- und 5fachen Betrag der Gebäudeversicherungsumlage herangezogen werden müßten, so daß im ganzen wohl keine Entlastung der Städte, sondern eher eine Mehrbelastung eintreten würde, über die Beteiligung der Gemeinden an der Kraftfahrzeugsteuer, die abermals verlangt werden soll, über die Verringerung des Straßengeldes, die sich wegen der starken Belastung der Gemeinden mit Straßengeldbeiträgen nicht mehr länger verschließen läßt, über den Entwurf eines badischen Wohlfahrtsaufgesetzes, der im Benehmen mit den Städteverbänden weiter behandelt werden soll, über den Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes, der die Wünsche der Landesbevölkerung in Gemeinden über 2000 Einwohnern bezüglich des Ladenschlusses nicht genügend berücksichtigt, über die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes, die im Mai 1927 in Mittelbaden stattfinden soll. — Sodann kam das gegen den Verbandsvorsitzenden, Herrn Bürgermeister Renges in Gernsbach, aufgrund von anonymen Anzeigen eingeleitete Verfahren zur Verhandlung. Nach Prüfung der Anschuldigungen an Hand der amtlichen Unterlagen hat sich der Verbandsvorstand davon überzeugt, daß irgend eine Verhöhnung, die eine schlechte Meinung vertrat oder ehrenrührig ist, durchaus nicht vorliegt. Er beabsichtigt deshalb einmütig die Art der Behandlung des sehr verdienten Verbandsvorsitzenden, bedauert sie im Interesse seines Ansehens außerordentlich und spricht ihm das vollste Vertrauen aus.

Jugend und Sport

Handball

5. Bezirk

Dinalingen I — Rehl 10:1. Am Sonntag, 13. Febr., trafen sich obige Mannschaften zum fälligen Spiel. Der Schiedsrichter gab um 3 Uhr den Ball frei, worauf Rehl kräftig loslegte. Rehl drängt dauernd, Halbzeit 1:0 für Rehl. Nach Halbzeit wagt Dinalingen an, konnte aber nie am Schuß kommen. Die Rehl Sportgenossen mühen sich das zu viele Abweits abzuwehren, dann wäre das Resultat ein anderes geworden.

Aus dem Freistaat Baden

Der Altersaufbau der Bevölkerung in Baden

RA. Bei der Bearbeitung der letzten Volkszählung (16. Juni 1925) für das Land Baden hat sich nicht nur ein ganz erheblicher Frauenüberschuß herausgestellt, auf den wir kürzlich an dieser Stelle aufmerksam gemacht haben, sondern es hat sich ergeben, daß der heutige Altersaufbau der badischen Bevölkerung ein stark verändertes Gesicht im Vergleich zur Vorkriegszählung (im Jahr 1910) trägt. Besonders auffallend ist der starke Rückgang der Kinder im Alter unter 10 Jahren. Im Jahr 1910 hat deren Zahl in unserem Land noch 607 929 d. i. rund 24 Prozent der Gesamtbevölkerung betragen; bei der letzten Volkszählung im Jahre 1925 wurden nur noch 380 346 (16,4 Prozent der Gesamtbevölkerung) gezählt; die Abnahme gegenüber dem Jahr 1910 beträgt also 127 583 d. i. rund 21 Prozent. An dieser Abnahme der Kinderzahl sind 61 826 Knaben und 65 757 Mädchen beteiligt. Voraussichtlich wird sich dieser Rückgang der Kinderzahl, der mit dem hohen Geburtenrückgang der letzten 15 Jahre zusammenhängt, schon in nächster Zeit, zunächst auf dem Gebiete des Schulwesens (Abnahme der Schülerzahl in Gewerbe- und Handelsschulen, in Fortbildungsschulen und Hochschulen usw.) dann aber auch auf dem Arbeitsmarkt (Verminderung des Angebots von Arbeitskräften) auswirken. Dieser Einfluß auf den Arbeitsmarkt dürfte sich in den nächsten Jahren umso mehr geltend machen, wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der Männer im Alter von 25 bis 40 Jahren bei der letzten Volkszählung um rund 20 000 (19 689) kleiner war als bei der 1910er Zählung. Es könnte auffallend erscheinen, daß nicht schon bei der letzten Volkszählung infolge der großen Männerverluste im Weltkrieg und infolge des Geburtenrückgangs, die Einwohnerzahl unseres Landes abgenommen hat, oder sich mindestens gleichgeblieben ist; die Erklärung dürfte darin liegen, daß die Altersgruppen von 40 Jahren und mehr heute stärker besetzt sind, als im Jahre 1910; beispielsweise sei erwähnt, daß der Zuwachs in den Altersklassen von 40—60 Jahren gegenüber der 1910er Volkszählung 139 485 betrug (darunter 66 488 Männer und 72 997 Frauen). In welchem Umfang diese stärkere Besetzung der älteren Altersgruppen bei der 1925er Volkszählung auf eine größere Vitalität der über 40jährigen Männer und Frauen oder auf Zuwanderung aus anderen badischen Ländern (Wiederkehr von ausgetriebenen Kriegsheimkehrern in Baden, starke Rückwanderung von Ausländern bei Beginn des Weltkrieges u. dergl.) läßt sich manchem statistischen Kenner heute noch nicht feststellen. Immerhin läßt sich die Vermutung nicht von der Hand weisen, daß die Einwohnerzahl des Landes Baden bei der in 3 Jahren stattfindenden Volkszählung — erstmals wieder seit 75 Jahren (1849/55) — einen Rückgang aufweisen wird, besonders wenn die seit Kriegsende einsetzende Auswanderung aus Baden einen noch größeren Umfang als bisher annimmt.

* Berufswahl der Schüler und Schülerinnen. Bei der großen Wichtigkeit, die heute der Wahl eines geeigneten Berufes zukommt, hat das Ministerium des Kultus und Unterrichts zur Förderung einer erloternden Berufsberatung angeordnet, daß die Lehrer und Lehrerinnen der oberen Klasse der Volksschule den Schülern und Schülerinnen Fragebogen, die ihnen von den Arbeitsämtern zugehen, übergeben, damit sie und ihre Eltern eine zweckmäßige Entscheidung für ihre Berufswahl treffen. An Orten, an denen Arbeitsämter bestehen, sind die Schüler und Schülerinnen auf diese hinzuweisen, und es ist ihnen zu empfehlen, die für sie und ihre Eltern weiter wünschenswerte Auskunft bei diesen einzubohlen. Wo Arbeitsämter nicht vorhanden sind, ist auf die sonstigen Berufsberatungen zu verweisen. Die Schulbehörden und Lehrer sind vom Unterrichtsministerium ersucht worden, die Tätigkeit der Arbeitsämter in Sachen der Berufsberatung nach Kräften zu unterstützen.

Bestallungs-Gedenkfeste im Süddeutschen Rundfunk. Donnerstag, 17. Februar, dem 100. Todestag Johann Heinrich Bestallungs, veranstaltet der Süddeutsche Rundfunk um 7.15 Uhr abends eine Gedenkfeier zum Gedächtnis des großen Mannes. Die Gedenkrede über „Bestallungs Größe“ wird Prof. Dr. Jonas Cobn von der Universität Freiburg halten. Der ursprünglich auf diesen Zeitpunkt angelegte Vortrag von Prof. Dr. Witkop wird auf 2. März, 6.15 Uhr abends, verlegt.

Kleine badische Chronik

Stettfeld (bei Schwetzingen). Der seit neun Monaten in Schwetzingen als Väterlebrling beschäftigte Max Wolf von hier, Sohn des Küfermeisters Max Wolf, wird seit einigen Tagen vermisst. Der Vermisste, welcher 15 Jahre alt ist, begab sich morgens auf den Schulweg, von wo er bis jetzt nicht mehr gesehen wurde. Man vermutet, daß sich der junge Bursche in die Fremdenlegion begeben hat.

Mannheim. Am Samstag vormittag ereignete sich in einer Küche der Baracken im ehemaligen Gefangenenlager ein vier Jahre altes Kind Brandwunden am linken Unterschenkel, sobald es im allgemeinen Krankenbaus untergebracht werden mußte. Es hatte in einem unbewachten Augenblick einen auf dem Herd stehenden Topf mit heißer Suppe berührt. Der Topf kippte um und der Inhalt ergoß sich über das Kind.

Wirmersheim bei Kallert. Am Sonntag morgen gegen 5 Uhr brach in den Stallungen der Witwe August Kassel Feuer aus. Durch das rasche Eingreifen der hiesigen Feuerwehr konnte das Feuer eingedämmt und das Wohnhaus gerettet werden, während die Stallungen mit sämtlichen Vorräten bis auf den Grund niederbrannten. Es wird kurzschluß vermutet.

Freiburg. (Vater und Tochter erschossen aufgefunden.) Am Samstag bei Kirchzarten wurde am Sonntag nachmittags ein Mann und ein etwa 13jähriges Mädchen erschossen aufgefunden. Wie die Nachforschungen ergaben, waren die Toten, die offenbar durch Selbsttötung sendet hatten, der in Freiburg ansässige Buchhalter Kozicki und dessen Tochter. Welcher Beweggrund die beiden in den Tod getrieben hat, ist noch nicht aufgeklärt.

Freiburg. Verhaftetes Diebstahl. Am Samstagabend gelang der Kriminalpolizei die Festnahme von drei in einer Baracke wohnenden Langstrafen, die seit Wochen umfangreiche Diebstähle ausführten. Vorzugsweise hatten sie es auf die Marktstühle aus den Dörfern abgesehen, von denen sie Kisten mit Eiern, gefüllte Weinläufer und sonstiges Genießbares wegholten. In ihrem Besitz wurden außer diesen anderen gestohlenen Dingen auch fünf entworfene Fahrzeugschlüssel vorgefunden.

Die illustrierte Reichsbannerzeitung unterscheidet sich von allen übrigen illustrierten Blättern, weil sie neben aktuellen Bildmaterial wertvolle politische Aufsätze und Abhandlungen aus den verschiedensten Wissensgebieten bringt, vor allem aber, weil sie den Kampf für die Republik zu ihrer Aufgabe gestellt hat. Aus der neuen Nummer 7 erwähnen wir folgende Beiträge: Friede, Arbeit, Brot; Danneberg; Christentum, Sozialismus, Verfassung; D. Höfler; Das blühende Braunkohlenrevier und das sterbende Dorf; Karl Karködt; Johann Heinrich Fetscher; F. Brodt; Falsch und die illustrierte Reichsbannerzeitung folgt der Nummer 25. Besuchen Sie durch jede Buchhandlung und Postamt, oder bei jeder Reichsbannergruppe. Man verlange die Nr. 3, an allen Zeitungskiosken und Buchhandlungen.

Aus der Stadt Durlach

Vortrag über „Das wirtschaftliche Pan-Europa“. Auf Veranlassung des Gewerkschaftsrates findet morgen Donnerstag, 17. Februar, nachmittags 5 Uhr, im „Lamm“ ein Vortrag über „Das wirtschaftliche Pan-Europa“ statt. Referent ist der bekannte Volkswirtschaftler Dr. Kurt Schumacher aus Freiburg, dessen Vorträge immer von Interesse gewesen sind. Alle Gewerkschaftsmitglieder werden um ihr Erscheinen ersucht, besonders aber die Betriebsräte, Vertrauensmänner, Organisationsvorstände usw.

Ein weiterer Nachmittags der sozialdemokratischen Frauenaktion Durlach. Resten Sonntag veranlassen sich die Frauenaktion mit ihren Angehörigen und Gästen in überaus großer Zahl im „Lamm“, um bei Kuchen und Kaffee einige frohe Stunden zu verleben und wenigstens für kurze Zeit des Alltags Mühe und Kasten zu vergessen. Die Jugend mit ihrem frischen, frohen Geiste war es wieder, die es verstand, das Alter aus seiner Trübsal in ein frohes, heiteres Leben zu wecken. Der heitere Nachmittags wurde eingeleitet durch ein Gedicht „Zum Gruß“, vorgetragen von einem Mädchen der sozialdemokratischen Kindergemeinschaft und durch heitere Wechsellänge der sozialistischen Arbeiterlieder. Letztere brachte es mit ihren selbstverfaßten Lustspielen und den gelungenen Karikaturen fertig, selbst den dicksten Bärenhäuter zum Lachen zu bringen. Die sozialdemokratische, unter Leitung des Gewerkschaftsleiters war es, welche mit dem „Kasperle“ ganz besonders die kleine Schaar, die sich in großer Zahl eingefunden hatte, beglückte. Auch die Schattenspiele, teilweise mit Gesang, wurden von Groß und Klein begeistert aufgenommen. Gekennzeichnete hatte die Frauenaktion durch einige Aufnahmen ihre Reihen vergrößern können. Alles in allem waren es wirklich frohe Stunden, die nur zu schnell verschwunden waren.

Unfall. Dienstag nachmittag lief das 33jährige Söhnchen eines Wirts auf dem Weg zur Kinderschule auf der Hauptstraße in der Nähe der Polizeistation in die Hinterräder eines Autos. Glücklicherweise scheinen die Verletzungen, die das Kind erlitt, keine erheblichen zu sein.

Durlach-Aue. Turnverein. In seinem Jahresprogramm hat der Verein für das kommende Frühjahr ein Gesangs- und Konzertsprogramm vorgesehen. So wie die Vorarbeiten getroffen sind, ist mit einer glänzenden Veranstaltung des Vereins zu rechnen. Bei dieser Veranstaltung soll auch ein Kinderchor mitwirken. Zum Gelingen desselben bedarf es der Unterstützung unserer Kleinen, sowie des Dirigenten. Unser Chorleiter Herr Ansmann hat es sich zur Aufgabe gemacht, auch unsere Kleinen in den Dienst der Kunst zu stellen. Morgen Donnerstag, 17. Febr., abends 6 Uhr, soll die erste Generalprobe stattfinden und werden die Vereinsmitglieder gebeten, ihre Kinder zu begleiten zu lassen. Ebenso wird um dankbares Erscheinen gebeten. Alles Nähere im heutigen Interimsteil. — Ein anderer Jahresprogramm ist der 33jährige Vereinskassier in der Aue am Samstag, 20. Febr. Seit langer Zeit ist es wieder der erste Ball und zwar der erste im neuen Vereinsheim. Die Vereinsleitung hat auch zu dieser Veranstaltung alle Vorbereitungen getroffen und hofft, daß damit die Mitglieder wieder neue Kräfte für die Gesellschaft im Vereinsleben bekommen. (Alles Nähere im heutigen Interimsteil.)

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Durlach

Samstag, 19. Febr., abends 7 Uhr, findet im Lokal zur „Traube“ unsere monatliche Mitgliederversammlung statt. Anschließend gemütliches Beisammensein verbunden mit humoristischen Beiträgen durch unsere Jungmannschaft und Mitglieder des Spielmannszuges. Die ganze Kameradschaft mit Familienangehörigen ist hierzu freundlichst eingeladen.

Bermischtes

Eiferjuchtdrama

Hamburg, 15. Febr. Auf dem Alten Steinweg kam es in der vergangenen Nacht zu einem Eiferjuchtdrama, als der 33jährige Schlächter Friedewald, der mit der Wohnungsinhaberin, der 32jährigen Witwe Richter, Beziehungen unterhält, bei der Rückkehr nach Hause nicht einelassen wurde. Friedewald verschaffte sich gewaltsam Einang und fand die Witwe in Gesellschaft eines 26jährigen anderen Mieters namens Oswald. Es entstand eine Prügelei, bei der alle drei Personen schwer verletzt wurden. Oswald ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Niefige Nitroglycerin-Explosion in Amerika

Texas, 15. Febr. Durch die Explosion von 13 Tonnen Nitroglycerin wurden hier viele Gebäude beschädigt. Die Explosion hatte zur Folge, daß in einem Umkreis von mehreren englischen Meilen ein Hagel von Steinblöcken niederging, wobei ein Mann getötet und mehrere verletzt wurden.

Grubenunglück

Limburg, 15. Febr. Auf der Grube „Gosau“ bei Siedenburg im Westerwald verursachte ein fähigerer Arbeiter eine Explosion. Das niederstürzende Gestein verschüttete drei Bergleute, von denen zwei tot aus den Trümmern herorgeholt wurden, während der dritte nur leichtere Verletzungen erlitten hatte.

Unfall in einem Bergwerk

Hagen, 15. Febr. Auf der Grube „Nordstern“ bei Herzogenrath gerieten gestern am Ende der Frischluft zwei Arbeiter in ältliche Gase. Die über 2 Stunden lang gemachten Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Drei Leute wurden mit Verätzungserkrankungen ins Krankenhaus eingeliefert, sie sind jedoch außer Gefahr.

Von einer Granate gerissen

Fulda, 15. Febr. Im benachbarten Lehnert geriet vermutlich infolge Kurzschlusses eine Scheune in Brand. Während der Löscharbeiten erfolgte unvermutet eine Explosion, durch die einer der Feuerwehrleute tödlich verletzt wurde. Die Ursache des Unfalls war eine aus der Kriegszeit stammende Granate, die der Besitzer bereits vor einiger Zeit zur Abholung angemeldet, da diese aber nicht erfolgte, einzuweisen in der Scheune aufbewahrt hatte.

Totschlag und Selbstmord

Altenbach bei Freudenstadt, 15. Febr. Der 21 Jahre alte Schäfer Singer geriet nachts mit dem 60jährigen Dienstknecht Beckhans in Streit und erschlug ihn. Darauf erhängte er sich selbst.

Aus der Fremdenlegion zurückgeführt

Altona, 15. Febr. Der „Dampfer Johanna Lehmann“ landete gestern abend zwei Passagiere, die aus der französischen Fremdenlegion entlassen waren. Es sind dies ein österreichischer Bergmann aus St. Martin und ein Schütze aus Köln. Beide wurden in Schutzhaft genommen und der Fremdenlegionsleitung übergeben.

Aus dem Lande

Aus dem Albtal

Bürgerausführung in Ettlingen

Die am Montag abend abgehaltene Bürgerausführung in Ettlingen fand unter großer Anteilnahme der Bevölkerung. Die Gemeindevorstände waren fast vollständig erschienen und im Zuschauerraum drängten sich die Scharen der Bürger und Bürgerinnen, selbst unter den Gewänden und in den Nebenräumen hielten sich Interessenten auf. Ein solches Interesse hatte wohl seit langem keine Sitzung mehr erfahren. Die Vorträge waren auch dazu angetan, daß die Einwohner sich an deren Verhandlungen Anteil nimmt. Neben der Vorlage über die „Baubehälter 1927“ fanden noch die Kanalisation (I. Bauabschnitt) und der Gaslieferungsvertrag mit Karlsruhe auf der Tagesordnung.

Bezüglich der Baubehälter 1927 beantragte der Gemeinderat für das Baujahr 1927 150.000 M für vorübergehende provisorische Baubehälter zwecks Erstellung von neuen Mittel- und Kleinwohnungen zur Verfügung zu stellen. Die Baubehälter sind mit 2 Proz. zu verzinsen und mit 3 Proz. zu amortisieren. Es sollen auch in diesem Jahre wieder die doppelte Zahl an Wohnungen in einem Vorortbezirk erstellt werden, d. h. 60. In erster Linie dienen zur Finanzierung die Mittel der Gebäudeversicherer. Dieselben betragen nicht wie im Vorjahre rund 175.000 M, sondern man wird infolge sinkender Prämien und Wiedergabe von 125.000 M rechnen dürfen. Zur Durchführung des Bauprogramms sind deshalb weitere 150.000 M aus Anleihenmitteln nötig. Die Bauausführung geht nach vom Gemeinderat festgelegten Richtlinien vor sich. Während der Jinsatz von 2 Proz. beibehalten bleibt, soll die Tilgung von 2 auf 3 Proz. heraufgesetzt werden. Neben diesen Baubehältern werden noch 31 neue Häuser gebaut. Auch hier wurde den bedürftigen Haushalten bei Herrichtung der sog. alten Wohnungen noch besondere Erleichterungen geschaffen. Für unsere Fraktion gab der Genosse Pfeifer die Zustimmungserklärung ab. Neben dem Bau von Wohnungen mußte auch die Beschäftigung des Gemeinbes und der Arbeiter im Auge behalten werden. — Die Vorlage fand einstimmige Annahme.

Die weitere Vorlage Kanalisation (I. Abschnitt) rief eine heftige Debatte hervor und war von vornherein mit einer einstimmigen Annahme nicht zu rechnen. Der Gemeinderat schloß vor, die Kanalisation nicht in einer eigenen Kläranlage auslaufen zu lassen, sondern die Schwemmanalation in Ettlingen so durchzuführen, daß sämtliche Abwässer der Gemarkung Ettlingen in das Kanalsystem von Karlsruhe einzufließen sind.

Der Bauabschnitt 1 der Ettlinger Kanalisation umfaßt die Kanalfreilege von der Gemarkungsgrenze Karlsruhe-Rudolstadt durch die Wulst- und Rheinstraße, einschließlich einem Rückhaltebecken nebst den zugehörigen Hausanschlüssen auf öffentlichem Eigentum mit einem Gesamtaufwand von 230.000 M. Ferner soll zum Erwerb von Grundstücken, die zur Leitungsanlage benötigt werden, ein Fond von 10.000 M bewilligt werden. Die Arbeit wird als Kostendarlehen durchgeführt. Die Finanzierung ist in folgender Weise vorgesehen: 1. Verlorener Zuschuß aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge 30.000 M, 2. Öffentliche Darlehen bzw. allgemeine Anleihenmittel 210.000 M. Durch die Vorlage sind 31.000 M an Arbeitsstellen in Höhe von 18.000 Tagewerken geschaffen. Das ist in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit in unserer Stadt eine willkommene Gelegenheit, einer größeren Zahl von Erwerbslosen auf einige Monate Arbeitgelegenheit zu schaffen.

Der Vorlage ging ein leidenschaftlicher Kampf der Führer der Grund- und Hausbesitzerpartei gegen deren Einbringung voraus. In unzähligen Zeitungsartikeln und Versammlungsreferaten machten die Herren Ruf und Kraus die Grund- und Hausbesitzer gegen die Vorlage mobil. Alle Mienen der Demagogie ließen sie prägen; mit vielen unwahren Zahlen und Behauptungen wurde operiert, so daß der Kampf mit der Zeit eine heftige und äußerst unächliche Form annahm. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß eine überaus große Zahl von Interessenten der Sitzung beiwohnte, um den Entschluß im Bürgerausführung zu erleben. Und sicherlich werden die Zuhörer enttäuscht gewesen sein, von dem letzten Ansturm, den die Kanalisationsgegner Ruf, Kraus und Kraus im Bürgerausführung unternahmen. Im Verlaufe des Berichtes werden wir auf die einzelnen Phasen dieses Kampfes noch eingehen.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Potlitz, erwähnte einleitend, daß wir im gewissen Sinne das 35jährige Jubiläum des Kanalisationsgedankens in Ettlingen am heutigen Tage feiern können. Schon im Jahre 1892 hat man den Wert einer solchen Anlage für Wohngebäude und gewerbliche bzw. industrielle Anlagen vom allgemeinen hygienischen Standpunkt aus erkannt. An eine gründliche Entwurfsbearbeitung wurde jedoch erst im Jahre 1912 herangetreten, die durch den Kriegsausbruch wiederum unterbrochen wurde. Der Vorsitzende gibt über die geplante Durchführung noch einige Aufschlüsse und zerpflückte schon im Voraus die Einwendungen der Führer der Grund- und Hausbesitzerpartei. Die auf die Ausführungen des Vorsitzenden einwirkende Diskussion war eine äußerst lebhaft und wurde von unserm Fraktionsredner, dem Gen. Lichtenberger eröffnet. Auf die Ausführungen in der Aussprache werden wir in einem weiteren Artikel eingehen.

Die Opfer der Unweiterlatatrophe in Queensland

Brisbane, 15. Febr. Nach den letzten Feststellungen wurden durch den Orkan und die Ueberflutungen in Queensland 39 Personen getötet. Zahlreiche Personen werden im Distrikt von Cairns vermisst.

Blutiges Ehedrama

Münster i. L., 15. Febr. In dem Nachbarnort Glasbitten hat heute Morgen der 23jährige kaufmännische Angestellte Dorn seine Frau, von der er nach kaum halbjähriger Ehe getrennt lebt, im Hause ihrer Eltern überfallen und durch mehrere Revolverkugeln getötet, worauf er sich selbst erschoss.

Schweres Autounglück

Hamburg, 15. Febr. Auf der Straße Hamburg-Staßfelbera kam das Auto eines Hamburger Tabakfabrikanten ins Gleiten und überschlug sich. Dabei verunglückten der Fabrikant und seine Frau tödlich.

Aus Eiferjucht erschossen

Wien, 15. Febr. Der Tenor der Wiener Staatsoper Crofavescu wurde heute von seiner Frau aus Eiferjucht erschossen.

Mord

München, 15. Febr. In Paierau bei Schauerheim wurde in einem Felsenkeller die Landwirtstochter Rollmann aus Batern im Alter von 17 Jahren erschossen. Aus den Umständen war ersichtlich, daß es sich um einen Mord handelte. Als Täter wurde ein Vater der Ermordeten festgenommen, mit dem sie ein Liebesverhältnis hatte, das nicht ohne Folgen geblieben ist.

Ein Deutscher in Bissabon erschossen

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ soll der Direktor der AG-Offiziale, Knorr, in Bissabon auf dem Bahnhof in den Revolutionstagen durch eine Kugel getötet worden sein, als er gerade von einer Reise nach Porto zurückkehrte. Seine Leiche konnte bisher noch nicht gefunden werden.

Sich selbst gerichtet

Pr. Berlin, 15. Febr. Vor einigen Tagen wurde in Dresden die Leiche eines gefesselten unbekanntes Mannes aus der Elbe gefischt. Die Untersuchung ergab, daß es sich um einen Selbstmord handelte. Die weiteren Ermittlungen der Polizei führten zu der Feststellung, daß der Tote mit dem Buchbinder Tieleke identisch ist, der in der Nacht zum 17. November in seiner Wohnung in Leipzig-Gutritsch seine Ehefrau und den zweijährigen Sohn mit einem Hammer erschlagen hatte und nach der Tat geflüchtet war.

Todessturz vom Brandenburger Tor

Berlin, 15. Febr. Ein schwerer Baunfall ereignete sich am Brandenburger Tor. Der bei den Ausbesserungsarbeiten beschäftigte Bolter Lange stürzte aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache plötzlich von der obersten Plattform des Torres herab. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er kurz darauf starb.

Wenn Sie mit Seife waschen



SIL

nicht vergessen!

Geben Sie ein halbes Paket dieses vollkommen unschädlichen Bleichmittels der kalten oder schwachwarmen Lauge bei Sie werden erstaunt sein über das schöne Weiß, das Ihre Wäsche zeigt!

Sil zum Bleichen - ohnegleichen!

Ohne Chlor!

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 16. Februar
Geschichtskalender

16. Februar. 1497 *Wolfgang Meinhart. — 1834 *Naturforscher Ernst Haeckel. — 1893 *Friedrich Kraiser, Dichter des Antisemitismus usw. — 1895 *Schwedischer Schriftsteller B. Dahlgren. — 1907 *Italienischer Dichter Carducci. — 1919 Spartakistenputsch in Nürnberg. — 1920 Anarchistischer Sozialist Somoani ermordet.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe An die Vereine im Arbeiterfänger- und Arbeiterportkartell

Heute Mittwoch, 16. Febr., soll im „Friedrichshof“ die in Aussicht genommene Besprechung über die Durchführung der „Richtlinien“ stattfinden. Die Vereinsvorsitzenden werden gebeten, die Tagung durch Besprechung der Richtlinien mit den Vorstandsmitgliedern in den zurzeit stattfindenden Generalversammlungen etc. vorzubereiten. Auch die Gewerkschaftsleitungen sind zu der Besprechung am 16. Februar einzuladen. Der Parteivorstand, Arbeiterwohlfahrt. Auf die morgigen Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im „Friedrichshof“ stattfindende Hauptversammlung sei nochmals hingewiesen. Am vollständigen und pünktlichen Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, eine Viertelstunde früher zu erscheinen.

Ermäßigung der Stadtgarteneintrittspreise

Mit Wirkung vom 1. April 1927 werden die Eintrittspreise und Gebühren für den Stadtpark neu festgelegt. Sie erfahren fast durchwegs eine bedeutende Ermäßigung. Bei den Dauerarten wird als Neuerung anstelle der bisher üblichen Haupt- und Beifarten für Erwachsene (12 M. und 6 M.) nur noch eine Einheitskarte, die neue „Hauptkarte“, ausgegeben; sie kostet 5 M. Daneben bleiben bestehen Rentnerkarten zum Preise von 2 M. (bisher 2,50 M.), Studenten- und Schülerkarten zu 2,50 M. (bisher 4 M.) und Schülerkarten für die großen Ferien zum jetzigen billigen Preis von 1 M. Besondere Karten für Kinderwärtinnen werden neben der neuen Einheitskarte nicht mehr ausgegeben, desgleichen nicht mehr Kartenbesche.

Die Tageseintrittspreise werden betragen: für Erwachsene 40 Pf. (seither 50 Pf.), für Kinder 20 Pf. (seither 25 Pf.), Sonn- und Feiertag-Vormittags wird der Eintritt kosten: bis mittags 1 Uhr 20 Pf. (bisher 30 Pf.), für Kinder 10 Pf. (bisher 15 Pf.).

Als Neuerung wird an allen Tagen, auch bei Konzerten, von abends 7 Uhr an der Eintritt auf 20 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder ermäßigt. Zu den Eintrittspreisen kommt bei Konzerten in der Regel ein Musikzuschlag von 20 Pf. für Erwachsene und von 10 Pf. für Kinder.

Für Sonberrveranstaltungen bleibt die Festsetzung der Preise von Fall zu Fall vorbehalten.

Zum Vortrag des Gen. Neurath-Wien über „Neue Wege zur Volksbildung“

Im Anschluß an eine Studienreise durch Wien schrieb einer der beteiligten Genossen, daß die Wiener Genossen durch das, was sie auf allen Gebieten der Schule und Volksbildung leisten, ihre Machtposition am sichersten festsetzen. Ein Kernstück auf dem Gebiete der Arbeiterbildung ist das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. Unter der Leitung des Genossen Neurath wird dort alles Material über unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung gesammelt. Die internationale Vertretung von Handel und Industrie, die Entwicklung der Arbeiterorganisationen und der Gewerkschaften und die Arbeiterjugend- und Berufsbildung der einzelnen Länder. Auf der großen Ausstellung in Düsseldorf — Geleit — gehörte das Haus Österreich, das von diesem Museum eingerichtet war, mit zu dem Besten. Vor allem war es die Art der Darstellung, die ganz auf die staatsbürgerliche Erziehung eingestellt war. Die wesentliche Bedeutung des Wiener Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums liegt aber nicht in der Materialsammlung, sondern in der Art der Verwendung. Das Material wird in weitestem Umfang durch Tabellen, bildliche, kartographische und anderer Darstellungsarten in den Dienst der Volksbildung gestellt. In Art der Darstellung ist Direktor, Genosse Neurath neue Wege gegangen, die dem nach Wissen verlangenden Arbeiter und Angestellten die Aufnahme des Wissens wesentlich erleichtern. Über diese neuen Wege und die dabei erzielten Ergebnisse wird am Freitag abends 8 Uhr Gen. Neurath, Direktor des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums aus Wien, unter Verwendung eines reichhaltigen und interessanten Bilderdarmaterials, sprechen. Diesen Vortrag sollte kein feierlicherer Arbeiter oder Angestellter veräumen. Pflicht aller jungen und alten Genossen, die den Wert der Arbeiterbildung erkannt haben, ist es, den Vortrag zu besuchen und für einen guten Besuch zu agitieren.

Aus der Stadtratssitzung

vom 10. Februar 1927
Kongresse und Ausstellungen. In der Zeit vom 2. bis 10. Juli ds. Js. wird hier die Reichstagung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege, und in Verbindung damit in der Zeit vom 25. Juni bis 10. Juli ds. Js. eine deutsche Ausstellung für Wandern, Turnen, Sport und Spiel stattfinden. Im Zusammenhang mit den obigen Veranstaltungen sind daher große Vorbereitungen sportlicher und turnerischer Art vorzunehmen. Für die Abhaltung der Tagung werden die Festhalle und der Bürsaal des Rathauses,

20 Jahre Eingemeindung des Vororts Rintheim

In diesem Jahre sind 20 Jahre vergangen, seit dem der Vorort Rintheim zur Stadt Karlsruhe eingemeindet worden ist. Zwanzig Jahre sind immerhin eine Zeitspanne, wo es sich lohnt, einen Rückblick zu werfen über das was war, was jetzt ist und was werden soll. Es gilt zurückzublicken über die Verhältnisse, wie sie sich seit der Eingemeindung entwickelt haben. Auch die sozialdemokratische Bürgerauskunftaktion hat sich vor kurzem in einer Sitzung über diese Dinge unterhalten und dazu Stellung genommen. Die Stadtverwaltung muß sich darüber klar sein, daß die Zustände, wie sie in unserem Vorort herrschen, auf die Dauer nicht mehr weitergehen können. Die Verordnungen der Stadtgemeinde vor 20 Jahren waren recht groß, um den Rintheimern die Eingemeindung schmackhaft zu machen. So wurde z. B. die Erstellung einer Straßendahn versprochen und heute nach 20 Jahren ist der Vorort Rintheim immer noch ohne jede Straßenbahnverbindung mit der Stadt. Das das Fehlen einer guten Verkehrsverbindung für alle Bevölkerungsschichten äußerst unangenehm ist, vor allem aber für die Arbeiterklasse, weil sie immer noch zu Fuß nach ihrer Arbeitsstelle gehen muß, wird wohl von jedem Einsichtigen zugegeben werden müssen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß Rintheim in der Hauptsache ein reiner Arbeiterort ist. Die Rintheimer Einwohnerschaft ist deshalb der Meinung, daß ihre Interessen von der Stadtverwaltung Karlsruhe ebenso berücksichtigt werden müssen wie diejenigen der übrigen Karlsruher Bürgerschaft. Während z. B. den Wünschen in den besseren Vierteln in Karlsruhe weitgehendst entsprochen worden ist, hat man für Rintheim nicht einmal so viel übrig, als absolut die Lebensinteressen des Vororts zu berücksichtigen. Das Rintheim derart vernachlässigt worden ist, bringt auch mit sich, daß der Vorort in hohem Maße das Fehlen jeder Verkehrsverbindung mit der Stadt begetragen. Endlich nach 20 Jahren wird die versprochene Wasserleitung und Kanalisation eingeleitet, trotzdem dies hätte schon längst vorher geschehen können und müssen.

Was in unserem Vorort ebenfalls noch notwendig ist, das ist der Bau eines Schul- und Volkshauses, denn unser Vorort ist ohne jede Badeeinrichtung. Diese Forderung müßte schon aus hygienischen Gründen schleunigst veranlaßt werden.

Ein weiteres Versprechen der Stadtverwaltung war die Erstellung einer Turnhalle. Seit längerem Jahren machte sich die Erziehung notwendig und alle Bemühungen unerseits blieben bis jetzt erfolglos. Der Termin wurde Jahr um Jahr hinausgeschoben. Dies beweist wiederum das letzte Antwortschreiben der Stadtverwaltung in dieser Angelegenheit, in dem das früheste Termin das Jahr 1928 genannt wird. Das ein derartiges Hinschieben einer dringenden Angelegenheit Mißtrauen hervorruft, ist selbstverständlich und dieses Mißtrauen wurde noch durch die Ausführungen des Referenten über den Generalbauplan verstärkt, indem derselbe auf eine Anfrage hin ausführte, daß der Bau einer Turnhalle für Rintheim nicht mehr in Frage komme, indem er auf die Erziehung des Sportplatzes im Hartwald hinwies. Den Schulkindern fehlt bei schlechtem Wetter jede Möglichkeit, Körperkultur zu treiben, trotzdem der Turnunterricht als obligatorisches Fach im Schulplan steht. Auch den Erwachsenen ist es ebenfalls unmöglich, regelrechten Turnunterricht zu genießen. Es ist eine sonderbare Zumutung, daß die große Zahl von Kindern und Erwachsenen zu dem Vereinsturnen bei

schlechtem Wetter und den schlechten Straßenverhältnissen den Weg zur Stadt machen müssen, um eine Turnhalle benutzen zu können. Diese Verordnungslosigkeit in der Erziehung der Turnhalle ist auch deshalb unverständlich, da die Erziehung schon im Jahre 1912 geplant und vorbereitet war und sich damals schon als dringende Notwendigkeit erwies in Anbetracht dessen, daß im Jahre 1914 die Schülerzahl hier auf über 450 belief und die Bedürfnisfrage auch seitens der Sportvereine sich geltend machte. Eine sofortige Inangriffnahme des Baues der Turnhalle erweist sich als dringende Notwendigkeit.

Nicht außeracht gelassen werden dürfen unsere Straßenverhältnisse, die ein geradezu trostloses Kapitel bilden. Die Straßen sind im allgemeinen in einer derartig schlechten Verfassung, daß die Steine zum Vorschein kommen, indem jeder Straßenbelag fehlt. Die Hauptstraße, die als wichtigste Durchgangs- und Ortsverkehrsstraße in Betracht kommt, kann als solche weiterhin nicht mehr gelten. Als Uebelstände sind zu nennen die vielen Bindungen, sowie die geringe Breite, wozu noch die gefährliche Straßenkreuzung am alten Rathaus kommt. Die Straße birgt große Gefahren für den Verkehr in sich und außerdem bereitet sie den Anwohnern großen Ärger und Verdruß. Im Sommer löst bei trockenem Wetter von früh morgens bis spät abends eine Staubwolke die andere ab, herabgerufen durch den großen Autoverkehr. Beim Regenwetter bildet sich Wasserlumpen am Wassertümpel, wobei der Straßenbelag durch die Autos meterhoch an die Häuser emporgeschleudert wird. Viele Menschen können infolge dieses Uebelstandes ihre Wohnungen nicht lüften und entbehren die zum Leben so notwendige Luft. Bei der gefährlichen Straßenkreuzung am alten Rathaus handelt es sich nicht um eine Straßenkreuzung allgemeiner Art, sondern hier ergeben sich bei der Verlängerung der Grundstücke vier Seitenstraßen oder -gassen genannt. Derjenige Teil der Hauptstraße, der von Karlsruhe kommend, führt bei einer Grundstreckenverlängerung auf das Gutshaus „Schwanen“, die andere Hälfte von Singsfeld kommend auf das alte Rathaus, die Fortstraße führt wieder auf den „Schwanen“ und der Weinweg wiederum auf das Rathaus. Verbindet man beide Hälften der Hauptstraße, so ergibt sich, daß das alte Rathaus mitten auf der Hauptstraße steht, wodurch die schmalste Stelle der Hauptstraße im Ausmaß von 5 Metern herabgerufen wird. Dadurch dürfte wohl die Gefährlichkeit für den Verkehr aller Art bedingt sein. Man kann wirklich von besonderen Glücksumständen reden, daß nicht schon größere Unfälle vorgekommen sind. Um den Mißstand zu beheben, wenigestens als Notbehelf, könnte vielleicht an einen Abbruch des alten Rathauses gedacht werden. Dann würde man einen Blick durch die Hauptstraße und einen solchen vom Weinweg in die Fortstraße erhalten, wodurch eine breite Verkehrsanlage entstehen würde. Über solch diese Zustände solange bleiben, bis einige Unfälle sich ereignet haben? Bis evtl. auch einige Menschenleben zu beklagen sind?

Um aber den Anforderungen des großen Verkehrs in allen seinen Teilen gerecht zu werden, erweist sich die Anlage einer dritten Parallelstraße in unserem Vorort als notwendig, wie sie der Generalbauplan auch vorsieht, um endlich einmal auch Rintheim dem lange ersehnten Straßenbahnprojekt näherzubringen. Es wäre dies von Nutzen sowohl für unsern Vorort im Speziellen und der Stadt Karlsruhe im Allgemeinen und den Baukosten könnte durch Erschließung von Baugelände Rechnung getragen werden.

G. W. Keller, Stadtverordneter.

für die Abhaltung der Ausstellung die städt. Ausstellungshalle dem Bad. Landesauschuss für Leibesübungen und Jugendpflege zur Verfügung gestellt.

Einbau eines heizbaren Terrariums im Vogelhaus des Tiergartens. Zurhaltung von Krokodilen wird im Vogelhaus des Tiergartens ein beheizbares Terrarium eingebaut.

Stromzentrale. Gegen einen lebigen Elektromonteur von hier, der in vorläufiger Weise in einer öffentlichen Bedürfnisanstalt einen Kurzschluß der elektrischen Leitung herbeiführte, wird Strafantrag wegen Sachbeschädigung gestellt.

(1) Badische Lichtspiele. 20 Jahre unter den Kammern der Südde seit dem Thema, über das Reich. Schumm, Wilsch, Konar vom Haff. Deren Jesu in Hiltrup (Westfalen) auf Einladung der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe am Donnerstag, den 17. und Freitag, den 18. Febr., abends 8 1/2 Uhr im Konzertsaal. An Hand von 200 selbstausgewählten, farbigen Lichtbildern führt uns der Redner nach der kleinen ehemals deutschen Süddeinlein Neuwommern. Die zahlreichen Lichtbilder geben ein lebendiges Bild von den Leistungen unserer Kulturpioniere in der fernsten Südde für die deutsche Heimat. Wo Vater Schumm spricht, findet er überfüllte Säle vor. Der Redner ist auch hier nicht unbekannt, denn er hat vor einem Jahre in unserer Stadt, damals in geschlossenem Verein, ebenfalls über seine Südde-Erlebnisse berichtet. Für den Vortrag am 17. Februar ist das Konzerthaus nahezu ausverkauft. Für diesen Abend sind nur noch wenige Karten erhältlich. Diese beiden Vorträge sind die letzten, die Herr Vater Schumm vor seiner Wiederausreise nach der Südde im März dieses Jahres hält und dürften schon deshalb von ganz besonderem Interesse sein.

(2) Freireligiöse Gemeinde. Am Freitag, 11. Februar, hielt die freireligiöse Gemeinde ihre diesjährige Generalversammlung im „Friedrichshof“ ab. Der ausführende Vorstand wurde in seiner alten Zusammenstellung wiedergewählt. Vorsitzender ist Reg.-Rat Dietrich, Lehmannstraße 3. Aus dem Geschäftsbericht wäre zu erwähnen, daß der Mitgliederstand unverändert blieb. Trotz der schwierigen Zeitverhältnisse gelang es der Gemeinde, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, doch waren in dem Ausmaß der zur Verteilung des freireligiösen Gedankens dienenden Veranstaltungen Einschränkungen nicht zu umgehen. Mit einem Appell an die Anwesenden, bei Freunden und Bekannten um tatkräftige Mithilfe zu werden, schloß der Vorsitzende um 11 Uhr die Versammlung.

(3) Grippeerkrankungen der Schüler. Die Zahl der in den Schulen fehlenden Volksschüler ist in der letzten Woche von 7,2 Prozent auf 4,7 Prozent der Gesamtschülerzahl zurück-

gegangen. Die Zahl der Grippeerkrankungen in den höheren Schulen ist noch geringer als in der Volksschule.

Briefkasten der Redaktion

Teufelsgelächter. Die Geschichte von der Eulenmutter eignet sich nicht für unser Blatt; sie geht weit mehr für eine Naturreise.

Nr. 100. Wir haben uns an zuständiger Stelle erkundigt; es ist dort von einer solchen Uficht nichts bekannt. Bühl. Stabwaren-Produktion „Goldbarität“ in Sölkgen-Sölkgen.

Nr. 1. Sie müssen sich unter Beilage einer bürgermeisteramtlichen Bestätigung darüber, daß Sie bei Ihrem Vater gelernt haben, an die Handwerkskammer wenden. Dasselbe wird dann darüber entscheiden. 2. Es steht nichts anderes übrig, als daß Sie auf Herausgabe des Stoffes oder auf Zahlung klagen.

S. D. Mündelgelber bei der Spargasse werden wie andere Einlagen gleich hoch aufgewertet. Der gesetzliche Mindestsatz beträgt 12 1/2 Proz.

S. B. In Ihrem Falle kommt die Familienfürsorge in Betracht. Sie müssen also eine Eingabe an das Bürgermeisteramt richten. Eine andere Stelle wissen wir nicht. 2. Die Mittel dafür bringt die Gemeinde auf.

Nr. 500. Sch. Wenn die Kasse Familienversicherung eingeleitet hat, so haben Sie Anspruch auf die in den Statuten näher bezeichnete Familienhilfe. Wir raten Ihnen, sich beschwerdebefreiend an das Versicherungsamt (Bezirksamt) zu wenden.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: „Wie es euch gefällt“. Von 7.30—10.30. Colosseum: Gastspiel des Berliner Apollo-Theaters: Die bunte Tüte. Abends 8 Uhr.

Bad. Lichtspiele (Konzertsaal): „Jerusalem“, 2. Teil: „Walt fährt eines Herzens“. Abends 8 Uhr.

Reichens-Lichtspiele: „Ben Hur“, 3. 5, 7, 9 Uhr.

Kammer-Lichtspiele: Bismarck, 2. Teil.

Kammer-Lichtspiele. Der Sportklub im 1. Semester. Besondere Programme.

Alantil-Lichtspiele: „Pat und Patachon als Schwiegerjöhne“, „Das Blauschiff“.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Esterbeilä. Susanna Auer, 75 Jahre alt, Witwe von Martin Auer, Zugmeister. Beate, 1 Monat, 10 Tage alt. Peter Arthur Schenk, Kaufmann. Sofie Hagenau, 56 Jahre alt, Ehefrau von Ludwig Hagenau, Maschinenarbeiter.

Samstag, den 19. Februar
in sämtlichen Räumen der
„Festhalle“



**Sängerbund
„Vorwärts“**

3 Musik-Kapellen
Anfang 8 Uhr, Ende 3 Uhr

Maskenball



MITTWOCH DONNERSTAG FREITAG SAMSTAG
An diesen Tagen deckt die kluge Hausfrau ihren Bedarf für

haus, küche, keller

Table listing various household items and their prices, categorized into Porzellan, Steingut, Emaille, Zinkwaren, Wirtschaft-Artikel, Holz- u. Bürstenwaren.

Fortsetzung des Verkaufs angestaubter Weißer Waren

KNOPF

Unsere vielbewanderte NEGER-DEKORATION ist noch einige Tage sichtbar.

Donnerstag und Freitag abend spricht Pater Rich. Schumm M.S.C. Lichtspielen

Kinder-Anzüge (Gelegenheitsanzüge) prima Stoff, hochfahrig

Große Donauschinger Pferdemarkt-Lotterie

Arbeiterwohlfahrt Karlsruhe am Donnerstag, 17. Februar, abends 8 Uhr

Zwei neue Betten neu m. pr. Zubeh. Vertiko, Kommode, Küchenstuhl

Badisches Landestheater Mittwoch, den 16. Febr. *A 16 Th.-Gem. II & -Gr.

Couristen-Verein 'Die Naturfreunde' Samstag, den 19. Februar, abends 8.01 Uhr

Zahlung 12. März 1927 Hauptgewinn: 2 Pferde i. W. von RM. 2000.-

Durlacher Anzeigen. Mietervereinigung Durlach e. V. Wir machen unsere wertigen Mitglieder darauf aufmerksam

Pfannkuch

Brot-Aufstrich

Heiße Marmeladen offen und in Steinpackungen Berner Hanfa-Konfitüren

2 Pfund-Eimer 110 Mt.

Neu eröffnet: Filiale Kaiserstr. 113

Wie es euch gefällt von Schafpeare Musik von Jilger

Damen und Herren finden glänzende Erleuchtung durch den Vertrieb meiner seit 49 Jahren weltberühmten Spezialitäten

Residenz Waldstr. Das historische Kunstwerk BEN HUR nur noch bis Freitag, 18. Febr.

MIX & GENEST Telefon- und Telegraphenwerke Bauabteilung Baden

Beim hdtl. Waisenmeister Schlachthausstr. 17, befinden sich folgende Hundehunde

Furnverein Durlach-Aue e. V. Am kommenden Frühjahr hält der Verein ein Konzert ab

Kinderchor zusammengestellt werden Die Vereinsmitglieder werden gebeten, zu bemerken ihre Kinder zuzulassen

Bereins-Maskenball ab hier haben nur Mitglieder mit ihren Angehörigen und solche, die es werden wollen, Zutritt